

## Schwiegermuttertschweiß

Das ultimative Kompendium für Freunde und Liebhaber des Pilzes. Seiten 22 und 23

Foto: pixabay/adege

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 7./8. Oktober 2017

72. Jahrgang/Nr. 234

Bundesausgabe 2,30 €

www.neues-deutschland.de

### STANDPUNKT

## Botschaft an die Atommächte

Olaf Standke über den diesjährigen Friedensnobelpreis

Auch der amtierende US-Präsident stand auf der Vorschlagsliste für den diesjährigen Friedensnobelpreis. Jener Donald Trump, der den Konflikt um Nordkoreas Kernwaffen anheizt und gerade alles daran setzt, einen funktionierenden Vertrag zur Verringerung der nuklearen Bedrohung zu kippen – das Atomabkommen mit Iran. So gesehen kann man die Wahl des Osloer Komitees auch als Antwort auf seine gefährliche und verantwortungslose Politik sehen. Ob sie aber zum erhofften Zeichen für die dringend notwendige atomare Abrüstung wird, das liegt zuerst an allen Staaten, die Kernwaffen besitzen.

ICAN, die weltweite Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen, warnt nachdrücklich vor den katastrophalen humanitären Folgen jeglichen Kernwaffeneinsatzes und fordert die vollständige Liquidierung der gefährlichsten Massenvernichtungswaffen. Mit dem inzwischen bei den Vereinten Nationen zur Unterschrift ausliegenden Verbotsvertrag wäre ein völkerrechtliches Instrument vorhanden, um dieses Ziel endlich zu erreichen. Nur fällt es augenscheinlich schwer, von der machtpolitischen Währung der nuklearen Sprengköpfe zu lassen. Doch diese Preisverleihung stärkt nicht nur alle, die sich für eine atomwaffenfreie Welt einsetzen. Sie erhöht zugleich den Druck auf jene Regierungen, die den Vertrag bisher boykottiert haben. Auch die in Deutschland, wo noch immer US-Atombomben lagern. Denn das Schreckgespenst eines nuklearen Konflikts droht mehr denn je Realität zu werden.

### UNTEN LINKS

Wenn früher Kunst auf Kirche traf, gab es oft Konflikt und Krawall mit kolossalen Kollateralschäden. Drogen waren der beste Dünger

## Finger weg!

Friedensnobelpreis für die internationale Anti-Atomwaffen-Kampagne ICAN



Foto: 123rf/luckyraccoon

Berlin. »Wenn nicht in diesem Jahr, wann dann?«, fragt Xanthe Hall, Mitbegründerin der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) in Berlin. Angesichts der derzeitigen Eskalation im Atomkonflikt mit Nordkorea und dem drohenden Scheitern des Atomabkommens mit Iran setzt die Verleihung des Friedensnobelpreises ein starkes Signal. Erst im September hatten auf der UN-Generalversammlung 53 Staaten den UN-Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet, der nächstes Jahr in Kraft treten könnte.

Die Nobelpreiskommission würdigte ICAN für deren »Arbeit, Aufmerksamkeit auf die ka-

tastrophalen humanitären Konsequenzen jeglichen Einsatzes von Atomwaffen zu lenken«. Auch die »bahnbrechenden Bemühungen um ein vertragliches Verbot solcher Waffen« wurden herausgehoben. Der Vertrag sei »wie eine Rebellion im Stillen«, sagte Sascha Hach, Vorstandsmitglied von ICAN Deutschland, in Berlin: »Eine Rebellion der schwachen Staaten.« Sie hielten den Atommächten, von denen keine an den Verhandlungen teilnahm, ein Stoppchild hin. An die Bundesregierung richtete Hach die Forderung, dem Vertrag beizutreten.

Weltweit fand die Auszeichnung des Nobelpreiskomitees Zustimmung. Die EU-Außen-

beauftragte Federica Mogherini nannte die Auszeichnung für ICAN ein »starkes Zeichen für die Abrüstung«. Der frühere sowjetische Staatschef und Friedensnobelpreisträger Michail Gorbatschow begrüßte die Wahl: »Eine Welt ohne Atomwaffen – ein anderes Ziel kann es nicht geben!« Auch Überlebende der Atomwaffenangriffe der USA auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki im August 1945 gratulierten ICAN. Der Nagasaki-Überlebende Shigemitsu Tanaka sagte, Ziel müsse es sein, dass der UN-Vertrag über ein Atomwaffenverbot so bald wie möglich in Kraft trete. *Agenturen/nd*

Seite 6



Protest von ICAN-Aktivistinnen vor der UNO in New York

Foto: ICAN/Clare Conboy

# Zeichen für die atomare Abrüstung

Friedensnobelpreis an ICAN-Kampagne soll nukleare Gefahr verringern

Der diesjährige Friedensnobelpreis geht an die aus 468 Friedensgruppen bestehende weltweite Kampagne für die Ächtung von Atomwaffen.

Von Bengt Arvidsson, Oslo

Kein Applaus, aber auch kein verwundertes Raunen, wie so oft zuvor, waren in Oslo am Freitag zu hören. Berit Reiss-Andersen von der Friedensnobelpreisjury enthüllte vor der angereichten Weltpresse, dass die diesjährige Auszeichnung an die internationale Kampagne zur atomaren Abrüstung (ICAN) geht. »Wir leben in einer Welt, in der die Gefahr des Gebrauchs von Atomwaffen größer ist als seit langem. Die Gefahr eines nuklearen Konflikts ist näher gerückt«, sagte sie. Die gewaltige Bedrohung der Menschheit aufgrund des noch immer riesigen weltweiten Atomwaffenarsenals werde zu oft vergessen oder unterschätzt. Die Jury hoffe, dem Kampf gegen Atomwaffen mit diesem Nobelpreis wieder neue Kraft

einzuflößen, sagte Reiss-Andersen. »ICAN bekommt den Preis für die Bemühungen, auf die katastrophalen humanitären Konsequenzen eines jeglichen Einsatzes von Atomwaffen hinzuweisen, und für den bahnbrechenden Einsatz für ein bindendes Verbot solcher Waffen«, betonte sie.

Die erst zehn Jahre alte Dachorganisation ICAN ist ein Bündnis aus derzeit 468 Friedensgruppen aus 101 Ländern, das sich weltweit für atomare Abrüstung und die gänzliche Atomwaffenabschaffung einsetzt. Prominente ICAN-Unterstützer sind unter anderem der Dalai Lama, der ehemalige UN-Generalsekretär Ban Ki Moon und die Friedensnobelpreissträger Desmond Tutu und Jody Williams. Das ICAN-Hauptquartier befindet sich in Genf. Die Mitarbeiter dort sind vor allem jüngere Aktivistinnen. Charismatische Vorsitzende ist die 34-jährige Schwedin Beatrice Fihn. Die Organisation wurde erst 2007 von Zehntausenden Aktivistinnen und kleineren Zusammenschlüssen gegen Atomwaffen in Australien gegründet.

Ihr Hauptanliegen ist es, Länder dazu zu bringen, einen bindenden UN-Anti-Atomwaffenvertrag zu unterzeichnen. Der verbietet den Staaten die Produktion, die Lagerung, den Besitz wie den Einsatz von Atomwaffen. Bis Ende nächsten Jahres erhofft sich ICAN, dass ihn 50 Länder ratifiziert haben. 90 Tage nach der fünfzigsten Ratifikation tritt der Vertrag in Kraft. Derzeit haben den Vertrag 53 Staaten unterzeichnet, drei ratifiziert.

ICAN kämpft dabei gegen den hartnäckigen Widerstand der großen Atommächte USA, Russland, und Großbritannien. Frankreich hält sich sehr zu dem Thema bedeckt; Indien und China haben sich prinzipiell dazu bereit erklärt, auf Atomwaffen zu verzichten, sollten die anderen Atommächte auch dazu bereit sein.

Vor allem die USA haben befreudete Staaten erfolgreich unter Druck gesetzt, damit diese den Vertrag nicht unterschreiben. So haben auch Norwegen sowie Deutschland und andere NATO-Länder den Vertrag nicht unterzeichnet, obwohl sie selbst kei-

ne Atomwaffen besitzen. Eine Unterzeichnung sei mit der NATO-Mitgliedschaft unvereinbar, wurde bislang begründet.

Die Nobelpreis-Jury erhofft sich mit der Preisvergabe an ICAN, dass der Widerstand gegen die Unterzeichnung des Vertrages gerade auch bei Atomwaffenstaaten und ihren Verbündeten vermindert werde, erklärte Reiss-Andersen am Freitag. Auf die kritische Frage, ob es sich beim diesjährigen Preis nicht um die Ehrung einer wirkungslosen und nur symbolischen Initiative handle, weil bislang nur Staaten den Vertrag unterzeichneten, die ohnehin keine Atomwaffen haben und auch keine Anschaffung planen, antwortete Reiss-Andersen, dass solche Verträge durchaus eine konkrete Rolle spielen würden. Beispielsweise hätte der internationale Bann von Streubomben, Landminen und chemischen Waffen letztlich zu greifbaren Effekten geführt. Man müsse schließlich irgendwo anfangen, so die Preisrichterin.

## »Merkel muss UN-Atomwaffenverbot beitreten«

Nach der Verleihung des Friedensnobelpreises steigert ICAN den Druck auf die Bundesregierung

Die Internationale Kampagne zur atomaren Abrüstung sieht Deutschland als Brückenstaat, der den Weg zu einer atomwaffenfreien Welt ebnen könne.

Von Alexander Isele

Mit der Vergabe des Friedensnobelpreises an die Internationale Kampagne zur atomaren Abrüstung steigt der Druck auf die Bundesregierung, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. ICAN Deutschland rief nur zwei Stunden nach der Bekanntgabe der Preisvergabe Bundeskanzlerin Angela Merkel dazu auf, »so schnell wie möglich« für eine Unterzeichnung des Vertrags zu sorgen. Auf einer Pressekonferenz in der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin kritisierte Vorstandsmitglied Sascha Hach: »Die Bundesregierung hat die politische

Bedeutung des Verbotsvertrages völlig verkannt.«

Im September hatten 53 Staaten auf der UN-Generalversammlung ein weltweites Verbot von Atomwaffen unterzeichnet, das im Juli in New York von 122 Staaten beschlossen wurde. Die vermutlich neun Atommächte sowie fast alle NATO-Staaten – darunter Deutschland – hatten die Verhandlungen über den Vertrag blockiert.

Hach kritisierte die Bundesregierung, die mit ihrem Boykott der Verhandlungen zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag mit der Abrüstungspolitischen Tradition Deutschlands gebrochen habe. Sie sei ihrer globalen Verantwortung nicht gerecht geworden. Nun sollte Merkel »die heutige Würdigung dieses Vertrages durch das Nobelkomitee zum Anlass nehmen, dem Verbot beizutreten. Merkel muss

sich nun dem Bündnis der Deeskalation anschließen« fordert Hach.

Xanthe Hall, Abrüstungsexpertin bei ICAN, sieht nach der Preisverleihung die Atommächte in der Pflicht: »Die Atomwaffenstaaten und ihre Alliierten können sich nicht länger verstecken, wenn der Rest der Welt nach Abrüstung und Ächtung ruft.« Gegenüber »nd« hob Felix Werdermann von ICAN Deutschland die Brückenrolle heraus, die Berlin einnehmen könnte. Ein Beitritt Deutschlands zum Vertrag würde bedeuten, dass die hier gelagerten US-Atomwaffen außer Landes gebracht werden müssten. Auch das Üben mit Kernwaffen bei NATO-Manövern wäre verboten. »Damit würde die Allianz der Atommächte und ihrer Verbündeten bröckeln«, was andere Staaten ermutigen würde, dem Vertrag ebenfalls beizutreten. In keinem Fall könne »die Bundesregierung das

Thema nukleare Abrüstung weiter unter den Teppich kehren«, betonte Werdermann.

In Genf sagte die Direktorin der Organisation, Beatrice Fihn, Nordkoreas Atomwaffenprogramm zeige, dass »nukleare Waffen keine Sicherheit und keine Stabilität bringen, im Gegenteil«. Die Waffen bedrohten die gesamte Menschheit, Hunderttausende Menschen könnten innerhalb von Minuten getötet werden.

Die Bundesregierung will dem Atomwaffenverbotsvertrag weiter nicht beitreten. Zwar sei man sich mit ICAN im Ziel einer atomwaffenfreien Welt einig, sagte eine Regierungssprecherin am Freitag. Solange es Staaten gebe, die Atomwaffen als militärisches Mittel ansehen würden und Europa davon bedroht sei, bestehe aber die Notwendigkeit einer nuklearen Abschreckung fort.